



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 28.06.2017, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1	Bahnhof Ludwigsburg - Neubau Fahrradparkhaus - Raumprogramm, Standort, Grundstücksverfügbarkeit, Vergabe von Planungsleistungen	Vorl.Nr. 212/17
-------	--	-----------------

---

### Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor über die benötigte Fläche für die Errichtung des Fahrradparkhauses zu verhandeln.
2. Dem Raumprogramm für die Erstellung eines Fahrradparkhauses am Bahnhof Ludwigsburg mit 700 Stellplätzen gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.
3. Dem Standort für das neue Fahrradparkhaus gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es steuerlich vorteilhaft ist, das Fahrradparkhaus durch die SWLB bauen und betreiben zu lassen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Raumprogramms für den Neubau des Fahrradparkhauses am Bahnhof eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Haller
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadtrat Weiß

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt OBM Spec ausführlich Stellung zu Vorwürfen von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit und den Vorkommnissen in der BTU-Sitzung am 01.06.2017.

---

TOP 1	Bahnhof Ludwigsburg - Neubau Fahrradparkhaus	Vorl.Nr. 212/17
-------	--	-----------------

---

- Raumprogramm, Standort,  
Grundstücksverfügbarkeit, Vergabe von  
Planungsleistungen

---

Die BTU-Sitzung am 01.06.2017 zum Tagesordnungspunkt des Radwegs in der Marbacher Straße sei turbulent und emotional aufgeladen gewesen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Stadträtin Steinwand-Hebenstreit, leistete sich in deren Verlauf einen Fehlgriff, den er nicht akzeptieren könne. Sie unterstellte drei Stadträten der Freien Wähler Vorteile seitens der Stadtverwaltung zu genießen. Dazu stelle er unmissverständlich fest, dass dies sachlich unzutreffend sei. Mitglieder des Gemeinderats würden seitens der Stadtverwaltung weder bevorzugt noch benachteiligt.

Die Aussagen von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit wurden in der der Sitzung des Bauausschuss am 01.06.2017 von den Anwesenden als Vorwurf der Korruption gedeutet. Dies sei ein schwerwiegender Vorwurf gegenüber den Gemeinderatskollegen, auf Grund dessen sowohl die Freien Wähler als auch die CDU die Sitzung aus Protest verließen. Jedoch seien auch rechtlich Zweifel angebracht, ob Stadträtin Steinwand-Hebenstreits Bemerkungen eine „schuldhafte, unverantwortliche und in hohem Maße gemeinschaftswidrige Haltung“ darstelle. Zum einen fielen die Aussagen gegen Ende einer teilweise sehr hitzig geführten Diskussion über den Bau eines Radweges an der Marbacher Straße. Die Stimmung war emotional sehr aufgeheizt und bereits während der Sitzung kam es immer wieder zu Zwischenrufen auch der anderen Ratsmitglieder. Die Äußerungen von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit könnten daher als „emotionale Entgleisung“ einzuordnen sein.

Die persönlichen Unterstellungen von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit in der BTU-Sitzung und der Stuttgarter Zeitung seien dennoch völlig inakzeptabel.

Im Detail geht er anschließend auf einzelne Vorwürfe ein, die Stadträtin Steinwand-Hebenstreit geäußert hatte. An Beispielen der Stadträte Seybold, Remmele und Rothacker macht er deutlich, dass alle Einzelvorwürfe unzutreffend seien und keinerlei Bevorzugung stattgefunden habe.

Zudem habe er als Oberbürgermeister in einem persönlichen Gespräch der Grünen-Fraktionschefin deutlich gemacht, dass solche emotionalen Entgleisungen und persönlichen Vorwürfe in Sitzungen des Gemeinderats und seinen Ausschüssen nicht hingenommen werden können.

Im Verlauf dieses Gesprächs habe Stadträtin Steinwand-Hebenstreit angekündigt, sich schriftlich zu entschuldigen. Die mittlerweile vorliegende Entschuldigung der Grünen-Fraktionschefin begrüße er grundsätzlich, wenngleich diese aus seiner Sicht deutlicher hätte ausfallen können. Er hoffe, dass die Rückkehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung innerhalb des Gemeinderats wieder möglich werde und erwarte, dass künftig solche persönlichen Unterstellungen unterbleiben.

Um weiterhin einen konstruktiven Zieldialog führen zu können fordert Stadtrat Weiss seine Gemeinderatskollegin am Ende seiner Ausführungen auf, einen einfachen Satz der Entschuldigung zu äußern. Das Ehrenamt sieht er durch den Vorgang beschädigt. Stadtrat Herrmann bedankt sich bei OBM Spec für die Klarstellung. Von der schriftlichen Erklärung von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit sei er enttäuscht. Er bittet Stadträtin Steinwand-Hebenstreit den von Stadtrat Weiss aufgezeigten Weg zu gehen. Stadtrat Prof. Vierling bittet darum zur Nüchternheit und Sachlichkeit zurückzukehren. Stadträtin Steinwand-Hebenstreit habe ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht. Aus Sicht von Stadträtin Liepins werde von vielen Gemeinderatsmitgliedern zu emotional diskutiert. Das Niveau wie diskutiert werde habe abgenommen. Transparenz sei vorhanden. Regelmäßig gebe es eine Übersicht der Vergaben an Stadträte.

---

Abschließend teilt OBM Spec mit, im Vorfeld habe er sich mit Stadträtin Steinwand-Hebenstreit darauf verständigt, dass sie in heutiger Sitzung zu diesem Thema nichts sagen werde. Er werde es daher heute damit bewenden lassen. Er gehe davon aus, dass man sich mit dem Thema nochmals im Ältestenrat beschäftigen werde.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erläutert BM Ilk die Vorl. Nr. 212/17. In der BTU-Sitzung sei eine einstimmige Beschlussempfehlung gefasst worden. In dieser Sitzung habe er auch darauf hingewiesen, dass ein Grundstückserwerb, wie im Betreff genannt, nicht unbedingt erforderlich sei. Es gäbe auch andere denkbare Möglichkeiten um Zugriff auf das Grundstück zu bekommen.

Bei der anschließenden Aussprache sprechen sich die Stadträte Noz, Steinwand-Hebenstreit, Juranek, Rothacker und Heer jeweils im Namen ihrer Fraktion für das Fahrradparkhaus aus. Stadträtin Burkhardt führt aus, am Erfolg des Fahrradparkhauses auf der Westseite lasse sich der Bedarf für weitere, geschützte Fahrradabstellplätze ablesen. Problematisch werde das Gespräch mit dem Investor, dem Eigentümer der Fläche, werden. Sie weist darauf hin, dass Zuschussmittel nach ihrer Kenntnis in Teilen nur bis Ende 2017 zur Verfügung stehen würden.

OBM Spec berichtet von Gesprächen mit dem Eigentümer. Der Verantwortliche des Immobilienfonds, Herr Doblinger, würde das Anliegen der Stadt gerne unterstützen. Seine Verhandlungsposition sei konstruktiv. Allerdings werde der Erwerb der Fläche nicht ohne weiteres möglich sein, weil das bestehende Parkdeck auch den baurechtlichen Stellplatznachweis erfülle. Im Anschluss erläutert er die Rahmenbedingungen für die Fördermöglichkeiten. Um diese zu nutzen sei die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich. Nächster Schritt werde es sein, noch vor der Sommerpause, das Gespräch mit Herrn Doblinger zu führen.

Im Anschluss lässt OBM Spec über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beschluss:****1. Baubeschluss**

Nachdem die Sanierung und Neugestaltung der Comburgstraße im ersten Bauabschnitts (BA 1) weit fortgeschritten ist, wird auch für den zweiten Bauabschnitt (BA 2) der Baubeschluss zwischen Schorndorfer Straße und Beethoven Straße / Walter-Flex-Straße einschließlich eines Kreisverkehrs in der Schorndorfer Straße gefasst. Grundlage ist der Entwurfsbeschluss des Gemeinderates vom 13.07.2016 für die Entwurfsplanung des Büros Rauschmaier Ingenieure.

**2. Beauftragung weiterer Ingenieurleistungen**

Das Planungsbüro Rauschmaier Ingenieure, Bietigheim-Bissingen, wird mit der Erbringung weiterer Ingenieurleistungen bis Leistungsphase 8 sowie der örtlichen Bauleitung für den zweiten Bauabschnitt der Comburgstraße von Walter-Flex-Straße bis einschließlich Kreisverkehr Schorndorfer Straße / Friesenstraße beauftragt.

Die Gesamtsumme beträgt 133.000,00 € (brutto). Grundlage des Auftrags ist das Angebot des Büros Rauschmaier Ingenieure vom 26.06.2015 bzw. 26.01.2017.

**3. Vergabebeschluss**

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH, Marbacher Straße 193, 71642 Ludwigsburg erhält den Anschlussauftrag zur Durchführung des zweiten Bauabschnitts der Neugestaltung Comburgstraße einschließlich des Kreisverkehrs Schorndorfer Straße.

Die Auftragssumme beträgt:	922.935,-- €
+ Unvorhergesehenes	<u>7.065,-- €</u>
Vergabesumme (brutto)	<u>930.000,-- €</u>

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,- € (brutto) überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Haller
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

BM Ilk erläutert die Vorl. Nr. 180/17 und den Beratungsverlauf der BTU-Sitzung vom 1.6.2017. Derzeit werden die Arbeiten im Bauabschnitt 1 durchgeführt. Die Arbeiten verlaufen gut, man komme zügig voran. Nach einem heute gefassten Beschluss könnten sich die Arbeiten im Bauabschnitt 2 nahtlos anfügen. Zu den in der BTU-Sitzung erteilten zwei Prüfaufträgen teilt er mit, dass eine weitere Fußgängerquerung in Form eines Zebrastreifens aufgrund der StVO nicht zulässig sei. Ebenso unzulässig sei nach StVO am Kreisverkehr eine rote Fahrbahnmarkierung für Radfahrer.

Stadtrat V. Lutz teilt mit, zwar solle heute der Baubeschluss gefasst werden, im Bauabschnitt 2 werde aber, wie er selbst feststellen konnte, seit ca. 1 Woche schon gearbeitet.

BM Ilk informiert, bei den Bauarbeiten handle es sich um Leitungsverlegungsarbeiten der Stadtwerke.

Stadtrat Gericke teilt mit, wichtig sei seiner Fraktion, dass die Bäume am Grünen Ring, soweit es geht, erhalten bleiben.

Stadträtin Burkhard bestätigt, dass LUBU einen passenden Baum spenden wird.

Stadtrat Gericke spricht nochmals das Thema Fußgängerquerung an. Es sei schade, dass die Anlegung eines Zebrastreifens in Nord- Südrichtung nicht möglich sei. Auf diesen Sachverhalt sei er von Bürgern angesprochen worden, auch im Hinblick auf den Kindergarten in unmittelbarer Nähe.

Nach Kenntnis von BM Ilk fehlen für die Anlegung des angedachten weiteren Überwegs u.a. die erforderlichen Querungszahlen. Er nehme das Thema aber nochmals mit.

Stadträtin Liepins führt aus, es werde immer kolportiert, dass die Anlegung von Fußgängerüberwegen in Tempo 30er-Zonen, außer bei Überwegen die Bestandsschutz genießen, nicht möglich sei. Das Problem sei, dass sich diese Zebrastreifen zwischenzeitlich häufig an einer falschen Stelle befinden. Sie führt Beispiele in Neckarweihingen und Poppenweiler an. Man müsse hier Lösungen finden und offener an diese Sache herangehen.

OBM Spec bedankt sich für den Hinweis. Die Anlegung von Fußgängerüberwegen unterliege der Expertise der Fachbehörden. Es gebe hierfür sehr strenge Regularien. Das Thema werde nochmals aufgenommen und geprüft. Spielräume seien nicht sehr groß, pragmatische Lösungen müssen gefunden werden. Die Anlegung der von Stadträtin Liepins angesprochenen Fußgängerampel im Stadtteil Poppenweiler sei rückblickend richtig gewesen.

Stadtrat T. Lutz schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Gericke an, ein Überweg wäre insbesondere für Kinder die zum Kindergarten gehen wichtig. Die Kreuzung sei nicht ungefährlich.

BM Ilk bestätigt, er nehme das Thema als „interfraktionelles Votum“ zur Prüfung nochmals mit.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge vorliegen lässt OBM Spec über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beschluss:**

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Teilumbau des historischen Stadtbades für Mensa und Besprechungsräume, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung, mit **Projektkosten** von rd. 1,889 Mio. EUR (investiv) und 250.000 EUR (konsumtiv) inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700).
  
- 1.2 Die notwendigen Finanzmittel für die gesamte Baumaßnahme werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2018 im Haushalts- und Finanzplan 2018 zur Verfügung gestellt.
  
- 2.1 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für:
  - Technische Ausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) ab LPH 5 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro Appel, Maybachstraße 13, 71640 Ludwigsburg,
  - Technische Ausrüstung Elektro ab LPH 5 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro IBB, Karl-Heinrich-Käferle- Straße 6, 71640 Ludwigsburgwird zugestimmt.
  
- 2.2 Der Vergabe der Planungsleistungen für Architektur (LPH 6-9) auf Basis der Kostenberechnung an das Büro BAUPRO, Wendenstraße 771723 Großbottwar wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Haller
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat von Stackelberg

---

**Beratungsverlauf:**

EBM Seigfried verweist auf Vorlage Nr. 161/17 und die Beschussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Anschließend führt er in die Thematik ein.

Die steigenden Essenszahlen machen die Mensa erforderlich, teilt Stadtrat Braumann mit. Im Hinblick auf die Kosten möchte er nicht von einem Provisorium sprechen. Erfreulich seien die in Aussicht gestellten Fördergelder. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit hält die Planung für eine kreative Lösung. Die Räume werden benötigt. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne stimme der Vorlage zu.

Die Gestaltung der Planung zeige, dass es eine hervorragende denkmalgerechte Lösung werden könnte, teilt Stadtrat Juranek mit. Es handle sich um einen ersten Bauabschnitt in eine Zukunft. Die Reihenfolge sei richtig gewählt. Die Möglichkeit von evtl. auftretenden Problemen bei der Akustik sei von seiner Fraktion angemerkt worden.

Die FWV-Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu. Der Standort für eine Mensa sei optimal. „Störender Beigeschmack“ seien die hohen Kosten bzw. die im Verlauf der Planung gestiegenen Kosten, teilt Stadtrat Rothacker mit. Kritisch werde ebenfalls die Akustik gesehen.

Stadtrat Heer vertritt die Ansicht, dass man eine gute Interimslösung gefunden habe, auch wenn die Kosten nicht für ein Provisorium sprechen würden. Die noch nicht genutzten Räume könnten in Zukunft auch noch einer Nutzung zugeführt werden. Die FDP stimme zu.

Stadträtin Burkhardt vertritt die Ansicht, dass Schulen Freiräume und Flächen benötigen. Die Schulentwicklung sei aufgrund der Bevölkerungsentwicklung noch nicht am Ende. Aus ihrer Sicht müsse man sich Gedanken über eine dezentrale Schulentwicklung machen und nicht weitere Konzentrationen schaffen. Eine profane Nutzung als Mensa sei für das denkmalgeschützte schöne Stadtbad zu schade. Sie werde die Vorlage, wie im Bauausschuss, ablehnen.

Stadtrat Prof. Vierling entgegnet, eine Nutzung als Mensa sei nicht profaner als die Nutzung als Stadtbad. Man verfolge in Ludwigsburg bereits eine dezentrale Schulentwicklung, dies lasse sich z.B. bei der geplanten neuen Schule in der Oststadt ablesen. Wenn der Fachklassentrakt, wie vorgesehen abgerissen werde, gebe es auch Platz im Schulcampus.

Auf die von Stadtrat Rothacker angesprochenen gestiegenen Kosten teilt BM Ilk mit, er lege Wert darauf festzustellen, dass keine Kostensteigerung vorliege. Bereits im Januar beim mündlichen Bericht seien dieselben Kosten genannt worden.

OBM Spec teilt abschließend mit, es handle sich nicht um eine Komplettanierung. Überschlägig seien für eine Komplettanierung HH-Mittel in zweistelliger Millionenhöhe notwendig. Die Finanzmittel werden auch an anderer Stelle benötigt. So werde für die Sanierung der Friedrich-von-Keller Schule ca. 15 Mio. € benötigt. Diese Vorlage komme in Kürze. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM Spec über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Die Akademie für Darstellende Kunst in Ludwigsburg wird ab 2018 befristet auf 5 Jahre mit jährlich 150.000 € gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Eisele
- Stadtrat Haller
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Seitens des Gremiums wird auf eine Aussprache verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage Beschluss fassen.